

**Wohin steuert das österreichische
Wirtschafts- und Sozialmodell?**

Karl Aiginger

Wohin steuert das österreichische Wirtschafts- und Sozialmodell?

Karl Aiginger

Referat vor dem Club der Wirtschaftspublizisten in Wien,
18. Mai 2005

WIFO-Vorträge, Nr. 95

Wohin steuert das österreichische Wirtschafts- und Sozialmodell?

Referat gehalten vor dem Club der Wirtschaftspublizisten

(1) Europa ist ein politischer Erfolg aber es fehlt bisher der Wille zum Wachstum

Das Projekt Europa ist politisch auf Erfolgskurs. Immer mehr Länder bewerben sich um die Mitgliedschaft. Die Währung ist stark. Die friedensschaffende Wirkung ist unwiederkehrbar und zieht immer weitere Regionen in den Bann. Aber: die wirtschaftliche Dynamik ist enttäuschend. Das Wachstum ist niedrig, die Arbeitslosigkeit bleibt hoch, die Binnennachfrage springt auch nach einem Exportboom nicht an. Die Budgetdefizite bleiben auch im "besten Jahr" knapp an der Alarmgrenze. Infrastrukturprojekte verzögern sich.

(2) Ohne Integration wäre Europa fragmentiert und noch stärker zurückgefallen

Die enttäuschende wirtschaftliche Dynamik Europas ist nicht eine Folge der wirtschaftlichen Integration, wahrscheinlich wären die Wirtschaftszahlen ohne Integration noch schlechter. Zumindest wären Strukturen nicht aufgebrochen, Reformen und Marktöffnung nicht erfolgt, und die zukünftigen Probleme wären noch wesentlich größer. Die Einkommen wären nach Ländern unterschiedlicher, der Rückstand des Südens und des Ostens würden zu wirtschaftlichen und politischen Spannungen führen und die kleinen Länder hätten schlechtere Leistungsindikatoren als die großen. Nationale Monopole z. B. im Telekombereich wären nicht aufgebrochen, die Landwirtschaft bekäme noch größere, unübersichtlichere und widersprüchlichere Subventionen, die Internationalität und Qualität der Ausbildung ließe zu wünschen übrig, die Mobilität der Europäer wäre geringer.

(3) Stellenwert und Asymmetrie der Europäischen Wirtschaftspolitik

Die enttäuschende wirtschaftliche Entwicklung Europas ist die Folge erstens eines geringen Stellenwertes der Wirtschaftspolitik in der EU, und zweitens der asymmetrischen Nutzung von Strategielinien. Politische Themen haben in der EU immer Vorrang vor wirtschaftlichen Themen, politische Entscheidungen sind spektakulärer als im wirtschaftlichen Bereich, wo man die Konsequenzen von Entscheidungen erst viel später sieht, Regierungschefs sind auch erfahrener in politischen Themen, auch die Medien sind mehr an politischen News interessiert.

In der wirtschaftspolitischen Strategie konzentriert sich die EU erstens auf die liberalisierende/deregulierende Komponente und zweitens auf die stabilitätsorientierte Komponente. Sie vernachlässigt die dritte und entscheidende Komponente, nämlich die wachstumsfördernde.

Die deregulierende Komponente hat Subventionen und Wettbewerbsverzerrungen reduziert oder zumindest transparenter gemacht, den Förderwettbewerb für neue Ansiedelungen eingeschränkt, die Märkte geöffnet, den Wettbewerb intensiviert, den Strukturwandel beschleunigt, die Basis für europäische Exporterfolge geöffnet. Es ist ein Erfolg, dass Europa heute weitgehend ein Binnenmarkt ist (statt 15 nationalen Märkten, jetzt 25). Die liberalisierend/deregulierende Komponente für die Probleme verantwortlich zu machen wäre langfristig ein fataler Fehler. Vielleicht hat sie einige Zehntelprozent Wachstum gekostet, aber selbst dies wäre eine gute Investition für langfristig hohe Erträge. Ein segmentierter, subventionierter, kleinstaatlicher, kartellierter Wirtschaftsraum ist kein Zukunftsmodell.

Die stabilitätspolitische Komponente war notwendig, weil die nationalen Regierungen die Defizite nicht in den Griff bekamen und weil Unterschiede in der lohnpolitischen und budgetpolitischen Permissivität die Einführung des Euro verhindert hätten. Die Schaffung einer Europäischen Zentralbank mit starker Unabhängigkeit als Hüter der Stabilität war wichtig. Auch gibt es in kaum einem Land heute Lohnsteigerungen über der Produktivität, wie es früher in südlichen Ländern aber auch in Großbritannien und Niederlanden und Frankreich oft der Fall war. Aber staatliches und kollektivvertragliches Kostenbewusstsein hat – insbesondere wenn dann die Löhne längere Zeit weniger steigen als die Produktivität- auch Nachfrageausfall zur Folge.

Die aktive Komponente der Wirtschaftspolitik ist die Forcierung von Investitionen, Forschung, Ausbildung. Hier gibt es die These A: wann immer die Voraussetzungen geschaffen sind, d. h. stabile Rahmenbedingungen und angemessene Gewinne, dann wird früher oder später genügend investiert (diese These liegt z.B. vielen OECD-Berichten zugrunde). Die These B lautet: Zukunftsinvestitionen haben externe und kumulative Wirkungen. Ohne staatliche Förderung wird zu wenig geforscht, ausgebildet und in Infrastruktur investiert. Meine Position ist, dass die Wirtschaftspolitik eine proaktive Wachstumspolitik braucht. Besonders wenn man (i) die Wirtschaft einem (sinnvollen) Liberalisierungsschock aussetzt (ii) ein (mittelfristig sinnvolles) Stabilitätspostulat erstmals einsetzt. (iii) eine Einkommensverteilung zulässt, bei der die niedrigen Einkommen kaum steigen und (iv) wenn man im Pensionssystem stärkere Eigenleistungen verlangt. Ohne proaktive Wachstumspolitik dauert es solange bis Liberalisierung, Budgetdisziplin, Erholung der Gewinne einen Innovations- und Wachstumsschub auslösen. Ein Zusammenbruch der Erholung ist die Folge, kurzfristige Schwankungen um einen geringen Wachstumspfad.

(4) Das vergessene Wachstum und das ferne Lissabon

Die EU hat diese aktive Komponente vage in der Lissabonstrategie angesprochen, aber nie durchgesetzt. Warum? Erstens weil Wachstum kein prioritäres Ziel war. Stabilität der Preise, Ausgleich der Budgets, Einführung des Euro waren die Hauptziele, Binnenmarkt, Kohäsion,

Abbau von Handelsschranken, Wettbewerbsfähigkeit waren die Instrumente und Zwischenziele. Wettbewerbsfähigkeit wurde in den Dokumenten der DG Enterprise richtig definiert als Fähigkeit die Wirtschaftsleistung und die Beschäftigung zu steigern (und dies besonders mit Blick auf die Wissensgesellschaft). In der Praxis wurden eine kostenmäßige Wettbewerbsfähigkeit und die Exportsteigerung verfolgt. Zweitens trat die Lissabonstrategie in den Hintergrund – nicht weil die EU eine neoliberale Politik wollte, sondern weil die liberalisierende Komponente keine direkten Budgetkosten hat (weder für den Nationalstaat noch für das EU Budget). Drittens weil Forschung, Ausbildung und Weiterbildung sperrige Themen mit eher langfristigem Ertrag sind. Die Umschichtung der EU-Mitteln von der Landwirtschaft zur Forschung, wie sie der Sapir Report verlangt hat, blieb bisher eine Illusion. Dass die transeuropäischen Projekte auch noch zu kurz kommen ist einer Kombination von Geldmangel, Planungsmangel, fehlender Managementkapazität und Kurzsichtigkeit zuzuschreiben.

(5) Europäischer Kurswechsel in Luxemburg angedeutet

Am Gipfel in Luxemburg wurden die Weichen tendenziell in die richtige Richtung gestellt. Der Stabilitätspakt wurde gelockert, allerdings sind die genauen Richtlinien auch heute – fast 2 Monate nach dem Luxemburg Gipfel – noch nicht ausformuliert. Das Lissabonziel soll durch Nationale Pläne umsetzbar gemacht werden. Die liberalisierende Komponente – etwa in der Dienstleistungsrichtlinie – wurde abgeschwächt. Die Rhetorik bei diesen Änderungen ist allerdings oft nicht vorwärts gerichtet, sondern populistisch. Es scheint nicht wirklich darum zu gehen, das Wachstum zu beschleunigen, sondern die wettbewerbsintensivierende Komponente zu kritisieren. Damit die französische Regierung die EU-Verfassungsabstimmung gewinnt, die deutsche die Wahlen in Nordrhein-Westfalen und die italienischen Regierungsparteien einen gemeinsamen Gegner haben. Weder Frankreich, noch Deutschland noch Italien fahren einen entschlossenen Wachstumskurs.

(6) Ist das Europäische Modell noch konkurrenzfähig?

Es gibt Analytiker, die die Ursache für die europäische Wachstumsschwäche in dem umfassenden Sozialnetz, den hohen Löhnen, dem starken Einfluss des Staates, und den Umweltauflagen sehen. An diesem Argument stimmt, dass Kosten und bürokratische Verzögerungen in einer integrierten und globalisierten Wirtschaft, mit dem Auftreten neuer Konkurrenten (von den Spitzenregionen der Erweiterungsländer bis zu China und Indien) schwerer wiegen, als in den ruhigeren sechziger bis achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Aber das Sozialnetz hat auch Vorteile rein ökonomischer Art, es gibt auch Sicherheit und erhöht den Konsum und die Lernbereitschaft. Ein stabilisierender Staat erhöht auch die Investitionsneigung (ganz abgesehen davon, dass spezifische Staatsausgaben selbst eine hohe Rendite haben können). Armut und Arbeitslosigkeit bedeuten jedenfalls hohe volkswirtschaftliche Kosten. Zäune, Sicherheitsanlagen, Gefängnisse, Kriminalität ergeben auch verlorene Kosten. Dennoch ist die Dynamik von Produktion, Beschäftigung und

Produktivität in den USA seit mehr als einem Jahrzehnt höher als in Europa, und die Frage ob Europa gegenüber den USA – und gegenüber den dynamischen Wirtschaften Asiens konkurrenzfähig ist, ist berechtigt.

(7) Erfolgreiche Länder fahren eine dreipolige Strategie

Die in den letzten Jahren erfolgreichsten europäischen Länder – Schweden, Finnland, Dänemark – wachsen ungefähr gleich schnell wie die USA – allerdings nach Krisen, die zumindest in Finnland und Schweden zu einem deutlichen Verlust in der relativen Einkommensposition geführt haben. Alle drei Länder haben ein hohes Sozialniveau, einen großen Staatssektor und geben der Umwelt einen hohen Stellenwert. Ihr Erfolg beruht auf drei Säulen. Die erste ist privates und öffentliches Kostenbewusstsein: Löhne steigen nicht rascher als Produktivität, Staatsausgaben wachsen langsamer als BIP und als die Steuereinnahmen. Die Staatsausgaben wurden mittelfristig, unter Beachtung von Ausgabenprioritäten und Verteilungsaspekten gebremst. Alle drei Länder hatten am Beginn der Rezession einen Budgetüberschuss und konnten dann expansiv reagieren, ohne an die durch den Stabilitätspakt auftretenden Grenzen zu stoßen. Zweitens wurden die ökonomischen Anreize besonders am Arbeitsmarkt wachstumsfreundlich gesetzt: temporäre Arbeitsverhältnisse sind frei gestaltbar, generell sind Arbeits- und Produktmärkte weniger reguliert als in den großen Ländern. Das Arbeitslosenentgelt ist relativ hoch, aber die Regeln für Schulung und Annahme von Beschäftigung nach Schulung sind streng ("Fördern und fordern"). Die Zuversicht einen Arbeitsplatz zu gewinnen, wenn der alte verloren geht, ist groß. Die Aktive Arbeitsmarktpolitik ist effektiv und akzeptiert, so dass Flexibilität für die Firmen kombiniert wird mit Sicherheit für den Arbeitnehmer ("Flexicurity"). Drittens wurde den Zukunftsfaktoren Forschung, Ausbildung, Weiterbildung, Diffusion von Technologien entscheidende Bedeutung gegeben: die Ausgaben für Forschung liegen gleich auf mit den USA, 50% höher als im Europäischen Durchschnitt. Es wird nicht auf Brüssel geschimpft, Liberalisierung wird nicht verteufelt, sondern eine Strategie gefahren, die ihre Vorteile ausnutzt, und die Lissabonziele sind in diesen Ländern schon 2005 weitgehend erfüllt. Wachstum und Exzellenz im Innovations- und Ausbildungssystem werden angestrebt damit der Wohlfahrtsstaat finanzierbar ist und die Umwelt geschont werden kann. Ein europäisches Modell des reformierten Wohlfahrtsstaates – kostenbewusst, anreizoptimierend, wachstumsorientiert – ist konkurrenzfähig und kombiniert Einkommen, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung.

(8) Außensicht und Innensicht für Österreich

Die Wertung Österreichs differiert nach Beobachtern und Benchmarks. Viele Journalisten und Analysten aus dem Ausland (Inkl. Währungsfonds, EU, OECD) bewundern die Dynamik der österreichischen Wirtschaft verglichen mit Deutschland, Italien, der Schweiz, die Zahl der Reformprojekte, die Expansion österreichischer Firmen und auch das Selbstbewusstsein des "kleineren" Deutschlands. Die Innensicht ist kritischer, die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, oft müssen hunderte Bewerbungen zur Jobfindung ausgeschickt werden. Die Chance auf einen

dauerhaften Vollzeitjob ist gesunken, nach der Lehre findet man oft keine Beschäftigung, ein Arbeitsplatzverlust ist für Ältere Arbeitnehmer oft das Ende des Berufslebens, Arbeitslosigkeit erfasst bürgerliche Schichten und qualifizierte Beschäftigte, die bisher das Phänomen der Arbeitslosigkeit nur aus Zeitungen und Soziologiebüchern kannten.

(9) Spitzenwerte bei verringerter Dynamik

Eine ausführliche Analyse der österreichischen Position nach den wichtigsten makroökonomischen Indikatoren findet sich in *Aiginger (2005)* und *Walterskirchen (2004)*. Österreich hat eines der höchsten pro Kopf Einkommen in Europa und auch unter den Industrieländern. Das Wachstum, das früher höher als im europäischen Schnitt gelegen war, liegt jetzt nur noch durchschnittlich und zwar knapp über 1½%. Es war damit im Schnitt 2000/05 etwas niedriger als in der EU 15, etwa höher als im Euroraum. Der Vorsprung Österreichs bei Beschäftigungs- und Umweltindikatoren verkleinert sich.

(10) Zwischen alten Stärken und neuen Anforderungen

Die Wettbewerbs- und Einkommensposition Österreichs baute auf Faktoren auf, die teils wegen des eigenen bisherigen Erfolgs, teils durch den Wechsel im Umfeld heute nicht mehr gegeben sind. Österreich war ein Land mit billigen und gutausgebildeten Arbeitskräften im mittleren Qualifikationsbereich (Facharbeiter, sekundäre Schulstufe). Jetzt sind wir ein Hoheinkommensland mit jeder Menge neuer Konkurrenten mit deutlich niedrigeren Löhnen. Die Ausbildung der Arbeitskräfte im mittleren Qualifikationsniveau ist in den Erweiterungsländern gegeben. Dies wird besonders deutlich werden, wenn jüngere Arbeitskräfte auch den marktwirtschaftlichen Produktionsrhythmus gewohnt sind. Österreich war wettbewerbsfähig durch hohe Investitionen, eine gute Infrastruktur, eine ausgebaute Investitionsförderung, alles Faktoren, die die Wettbewerbsfähigkeit in einem Land mit mittlerem Einkommen definieren. Unsere Märkte waren teilweise abgeschottet, es war möglich im Inland Gewinne zu erzielen mit denen man im Ausland günstig anbieten konnte. Wirtschaftliche Gesetze boten Vorzüge für Insider, bestehende Unternehmer, Lebensarbeitsplätze. Die zukünftige Rolle Österreichs ist die eines Hochlohnlandes, mitten im Zentrum eines großen Wirtschaftsraum, wahrscheinlich mit niedrigem Wachstum im Westen und hohen aber auch instabilem Wachstum im Osten und Süden. Österreich hat diesem Prozess teilweise zu organisieren (als Regionales oder Spartenheadquarter), in der Produktion sich auf hochwertige Güter zu konzentrieren und produktionsnahe Dienstleistungen anzubieten. Für diese Position braucht man andere Lehrberufe, Schulhalte, ein schnelleres, hochwertiges Innovationssystem. Die Infrastruktur, die Leistungen der Ministerien, Regulierungen, und Sozialpartnerschaft müssen anders gestaltet sein als in einer Wirtschaftsstruktur mit internationalen Zweigbetrieben und nationalen Mittelbetrieben.

(11) Elemente einer Wachstumsstrategie

Österreich befindet sich somit an der Wegkreuzung zwischen alten Strukturen und neuen Anforderungen. Die neuen Anforderungen werden in der Lissabon Strategie vorgezeigt. Für Österreich hat das WIFO sieben Strategielinien vorgezeichnet. Forschung, Ausbildung, Weiterbildung, Infrastruktur, Arbeitsmarktreformen, Betriebsgründungen und Umwelttechnologie. Die ersten vier Strategien definieren die Wettbewerbsfaktoren die darüber entscheiden werden ob Österreich in der neuen Situation seine exzellente Einkommenposition halten und ausbauen kann. Alle Strategieelemente zusammen sollten es möglich machen den Wachstumspfad Österreichs zu heben. Die Schwierigkeit der Aufgabe der Wirtschaftspolitik liegt allerdings darin dass man alles, längere Zeit richtig machen muss, und dass die Wirtschaftspolitik auch verstanden und kommuniziert sein muss, wenn es gelingen soll den Wachstumspfad auch nur um ein paar Zehntelprozente zu heben.

(12) Mittelfristige Prognose: mehr Wachstum, konstant hohe Arbeitslosenquote

Die österreichische Wirtschaft ist in den letzten 5 Jahren mit einer Rate von nur 1,6% gewachsen. Die gerade publizierte neue mittelfristige Prognose des WIFO erwartet für die nächsten 5 Jahre (bis 2009) ein mittelfristiges Wachstum von 2,3%. Dieses Wachstum liegt etwa höher als im Euroraum (2,1%), einerseits weil die neuen EU-Mitgliedsländer aber auch die südeuropäischen Länder stärker expandieren, zweitens, weil der Strukturwandel zu höherwertigen Produktionen und Dienstleistungen Fortschritte gemacht hat und drittens, weil Zukunftsausgaben forciert werden. Das Wachstum ist aber nicht stark genug um die Arbeitslosenrate zu senken. Sie verharrt auf 4,5% nach EU Berechnung und 7,1% nach nationaler Statistik. Das bedeutet in absoluten Zahlen einen Anstieg von auf fast 260.000 im Jahr 2009 (2005 247.000). Die Beschäftigung steigt mit 0,9% pro Jahr also um ca. 30.000. Das Arbeitsangebot steigt im selben Ausmaß (relativ, absolut etwas stärker). Das stark steigende Arbeitsangebot ergibt sich aus (i) einem Anstieg der Bevölkerung im erwerbsfähigem Alter (+0,3% u. a. durch Einbürgerungen), (ii) Ausweitung der Zahl der Saisoniers und der Gastarbeiter aus alten Mitgliedsländern, (iii) der Erleichterung von Arbeitsgenehmigungen für Ausländer, die sich im Inland aufhalten und (iv) der Verringerung der Frühpensionen.

(13) Wachstum muss Priorität Nr. 1 werden

Nicht zuletzt diese Prognose legt es nahe die Anhebung des Wachstumspfad zur wirtschaftlichen Priorität Nr. 1 zu machen. Ohne Wachstum von mehr als 2,5%, wird die Arbeitslosigkeit nicht sinken, das Budget mittelfristig nicht "close to zero" kommen, das Pensionssystem nicht nachhaltig stabilisiert sein.

Wachstum war bisher weder in Europa noch in Österreich das prioritäre Ziel. In Europa waren es Stabilität, die Einführung des Euro und die Schaffung eines Binnenmarkts. In Österreich hatte Budgetstabilisierung, Pensionsreform und Kindergeld einen höheren Stellenwert (wenn auch dreimal durch Pakete und letztlich durch die Steuerreform Wachstumsimpulse gegeben wurden.)

Es gibt auch noch immer keinen vollen Konsensus und volle Unterstützung für eine Wachstumsstrategie. Viele geben Wachstum Nachrang hinter immateriellen Zielen (im Vergleich zu Glück, Wohlstand, immateriellen Zielen). Das ist eine Sache der Präferenzen, die der Wissenschaftler nicht zu kritisieren, sondern nur festzustellen hat. Ich habe allerdings das Gefühl, dass gerade wohlhabendere Schichten dann doch eine hohe Präferenz für mehr Geld haben, wie sich im Widerstand gegen Umverteilung, gegen Aufhebung von Sonderrechten, und im Plädoyer für hohe Managergehältern zeigt.

Noch wichtiger ist aber dem Irrtum entgegenzutreten, dass es möglich ist ohne Wachstum die Arbeitslosigkeit zu senken. Eine Reduktion der Arbeitslosigkeit ohne Wachstum ist in der Regel mit erheblichen dirigistischen Eingriffen verbunden. Jeder muss kürzer arbeiten, niemand darf den Lohnausfall kompensieren dürfen durch längere Arbeit oder Zweitjob. Die Rate des arbeitssparenden technischen Fortschrittes muss reduziert werden, arbeitsintensivere Techniken müssen verordnet werden. Das ist sehr schwer in einer Marktwirtschaft. Was leicht geht wird ohnehin schon getan: es gibt mehr Teilzeitbeschäftigung, das Produktivitätswachstum in der mittelfristigen Prognose des WIFO liegt mit 1,4% ohnehin unter den Erfahrungen der achtziger und neunziger Jahre (und unter dem was man als autonomen Trend des arbeitssparenden technischen Fortschrittes hält).

Zusammenfassend gibt sicher auch Möglichkeiten mit etwas geringerem Wachstum als 3% die Arbeitslosigkeit zu senken, darunter auch einige positive Maßnahmen (Bildungsfreistellung, Teilzeit in der gewünschten Lebensphase). Aber die meisten Maßnahmen zur Reduktion der Arbeitslosigkeit ohne Wachstum sind passiv und dirigistisch (Verbote von Überstunden, Erschwerung von Arbeitsbewilligungen, Reduktion der Investitionen), sodass eine Anhebung des Wachstums (mit Berücksichtigung der Ressourcenschonung) der bessere Weg ist.

(14) Forcierung von Umweltzielen ist Teil der Wachstumspolitik

Das Plädoyer für mehr Wachstum darf nicht als Verringerung des Stellenwertes des Umweltzieles interpretiert werden. Der größte Teil des Wachstums in einem Hochlohnland erfolgt durch Qualitätssteigerung und durch mehr und höherwertige Dienstleistungen, für den Rest können Rahmenbedingungen die ökologische Vertretbarkeit steigern. Ein genereller Gegensatz zwischen Wachstum und Umwelt war in der ersten Phase der Umweltdiskussion gesehen worden. Heute weiß man dass entgangene Umweltinvestitionen zu höheren Kosten nachgeholt werden müssen. Zusätzlich weiß man, dass eine nationale Vorreiterschaft bei Umweltzielen auch einen Wachstumsschub bedeuten kann. Das führende Land in der Umwelttechnologie kann seine Position durch First Mover Advantages und Referenzprojekte stärken. Österreich ist bei Umwelttechnologie stark vertreten, diese Technologie passt auch zum Image Österreichs in Kultur, Tourismus und Problemlösungskapazität. Es kann ein wertvoller Ansatzpunkt zur Vermarktung Österreichs als Technologieland sein.

(15) Zwischen skandinavischem Vorbild und deutscher Heuschreckendebatte

Vergleicht man das österreichische Wirtschafts- und Sozialmodell mit jenem anderer europäischer Länder so liegt es zwischen dem kontinentaleuropäischen und dem skandinavischen Modell des Wohlfahrtsstaates, das erste vielleicht von Deutschland und Frankreich geprägt, das zweite von Schweden und Dänemark. Angesichts des unterschiedlichen Erfolges der Ländergruppen, ist es wichtig welches Modell in Österreich angestrebt wird.

Am skandinavischen Modell (oft "flexibler Kapitalismus" genannt) besticht der Erfolg letztlich nach vielen Krisen, doch die Kombination aus notwendigen Reformen, langfristiger Absicherung und technologischer Exzellenz gefunden zu haben, die notwendig ist in einer turbulenten Weltkonjunktur zu bestehen. Am deutschen Modell (oft Rheinländisches Modell) bedrücken die Reformblockaden u.a. auch zwischen Regierung und Opposition, die Abfolge der Maßnahmen, die Häufigkeit von Kurswechseln, das Fehlen einer langfristigen Strategie. Eine Technologielücke und Defizite im Ausbildungssystem wurden für Deutschland Ende der achtziger Jahre geortet, aber in den neunziger Jahren vergessen. Die Bauwirtschaft wurde dann in den neunziger Jahren zur profitabelsten Sparte gefördert (woraus sich spiegelverkehrt in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ein Einbruch ergab), der Aufbau oder Erhalt von Produktionsbetrieben vergessen, die Dienstleistungslücke nicht geschlossen. Budgetdefizite ergeben sich ohne geplant zu werden, eine Steuerreform ergab eine Nettosteuerzahlung des Staates an die Firmen. Der Arbeitsmarkt wurde reformiert, nachdem sich angebotsseitige und budgetpolitische Maßnahmen erschöpft hatten und die defensive Wirkung überwiegen musste (ohne dass ein 'Weiser' das erkannte). Ein Euro Jobs und Mindestlöhne für Ausländer werden nicht als Widerspruch gesehen. Die Kombination einer Steuerreform, die den Standort Deutschland attraktiver machen soll, mit der Beschimpfung von Investoren, war dann der letzte Schritt.

Österreich hat einige Elemente des skandinavischen Modells erkannt: die radikale Veränderung der Umwelt durch Ostöffnung und EU-Erweiterung wurde zur Kenntnis genommen und spiegelte sich in der günstigen steuerlichen Behandlung von Unternehmer wider (KÖST-Senkung, Gruppenbesteuerung, nicht entnommene Gewinne), die Notwendigkeit in Forschung zu investieren wird gesehen, wenn auch nicht im genügenden Ausmass. Die Umstellung des Ausbildungssystems wurde begonnen (Fachhochschulen, Universitätsreform), wenn auch unter ungenügenden finanziellen Mitteln. Den Anreizwirkungen am Arbeitsmarkt wird Aufmerksamkeit geschenkt (Mobilitätsanfordernisse erhöht, Wiedereingliederungsbeihilfen). Andererseits liegt der österreichischen Wirtschaftspolitik traditionell keine umfassende Strategie zugrunde. Es gibt weder eine langfristige, dokumentierte Strategie für den Wirtschaftsstandort Österreich 2020, auch keine langfristigen Konzepte für einzelne Teilbereiche der Politik vor (Weiterbildung, Industriepolitik, Arbeitsmarktpolitik, Umweltpolitik, Steuerpolitik etc.). Reformen erfolgen eher bruchstückhaft und anlassbezogen. Es gibt auch keinen Konsens zwischen Experten, Regierung und Vertretern der Sozialpartner, der über die Parteigrenzen und Legislaturperioden hinausgeht. Dieser wäre notwendig um den Konsumenten und Unternehmern das Vertrauen in Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik zu geben. Die Gewissheit fehlt, dass alles

geschieht um die neuen Chancen aus der neuen wirtschaftlichen und geopolitischen Situation zu nützen, und den Verlierern des Veränderungsprozesses neue Möglichkeiten aufzuzeigen.

(16) Mikroökonomischer Wandel benötigt makroökonomische Stabilität

Die mittelfristigen Chancen auf Grund der Veränderungen in der wirtschaftlichen Landschaft sind für Österreich weit größer als die Risiken. Auch Europa könnte wieder auf den Wachstumspfad zurückkehren, weil einige Vorleistungen (Euro, Binnenmarkt, Erweiterung) erbracht sind, und der Wachstumsstrategie seit dem Luxemburggipfel eine größere Priorität beigemessen wird. Das sollen wir im Auge behalten, auch wenn es kurzfristig wieder Monate mit überwiegend negativen Informationen (Konjunkturdelle) geben sollte. Die Wettbewerbslage Österreich ist günstig, sowohl kostenmäßig wie auch geografisch. Wir müssen noch breiter in die Zukunft investieren. Allerdings müssen die Elemente der Wachstumsstrategie schrittweise umgesetzt werden, und dürfen weder durch Wahlkampf noch durch EU-Präsidentschaft zum Stillstand kommen. Der Nationale Lissabon Plan, der bis in den Herbst zu erarbeiten ist, ist ein Meilenstein auf diesem Weg. Ein mahnender Mr. Lissabon (eine Mrs. Lissabon), der (die) nicht der Regierung angehört und die Sozialpartner könnten da eine wichtige Rolle übernehmen. Und die Politik sollte auf Basis langfristiger Konzepte erfolgen, berechenbarer und konsensualer gestaltet werden. Die Bereitschaft dazu gilt es auszuloten oder wieder herzustellen. Ein österreichische Modell einer Marktwirtschaft mit drei Eigenschaften ist denkbar und gestaltbar: sie muss effizient, sozial und ökologisch sein. Und wenn dies nach langfristigen Konzepten stattfindet, werden auch mehr Reformen nicht zu mehr Unsicherheit führen, sondern akzeptiert werden als notwendige Veränderung in einer unsicheren Umgebung, die aber durch die Wirtschaftspolitik stabiler und erfreulicher gestaltet wird, als es Marktkräfte allein zulassen.

Literatur:

Aiginger, K., Strategien zur Erhöhung von Wachstum und Beschäftigung in Österreich
Überblick über bisherige Maßnahmen und Anregungen für mögliche Initiativen auf Anfrage der Bundesregierung vom 7. April 2005 • Unterlage für den Reformdialog "Wachstum und Arbeit" am 1. Mai 2005

Handler, H., Böheim, M., Falk, M., Walterskirchen, E., Strukturreformen in Österreich aus der Sicht der Lissabon-Agenda

Kaniovski, S., Marterbauer, M., Baumgartner J., Mittelfristig langsame Erholung der Inlandsnachfrage. Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2009, WIFO-Monatsberichte 5/2005.

© 2005 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung • Wien 3, Arsenal, Objekt 20 • A-1103 Wien, Postfach 91 • Tel. (43 1) 798 26 01-0 • Fax (43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: EUR 8,00 • Kostenloser Download:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25589